

PROTOKOLL

zur ersten ordentlichen Sitzung im Wintersemester 2025/2026
Dornbirn, 04.12.2025

Sitzungsort:
W 211/12

Sitzungsbeginn:
18:07 Uhr

Sitzungsende:
19:11 Uhr

	Funktion	Rederecht	Stimmrecht
GERI Stefanie	Vorsitz - Rücktritt um 18:09 - Mandat	X	X
ROGGINER Dominik	Vorsitz ab 18:10 Uhr	X	X
REHMAN Jasmin	Stv. Vorsitz, Protokoll	X	X
ESSIG Adrian	Mandat, Studienvertretung	X	X
LUTZMAYER Johanna	Mandat	X	X
REYNS Katja	Stimmübertragung, Stv. Wiref	X	X
KÖSE Ibrahim	Mandat, Referent Sozpol	X	X
CHRISTA Julia	Referentin Öffref		
STADELMANN Timon	Studienvertretung Technik		
MARTE Mike	Studienvertretung Gestaltung		
GUDAT Lucia	Studienvertretung Gestaltung		
KESSLER Madleen	Studienvertretung Gestaltung		
MOSER Noah	Sachbearbeiter Bipol		
FALLER Aisha	Sachbearbeiterin Kulturref		
DIETL Vanessa	Referentin für Sport		
SAHITAJ Rinesa	Sachbearbeiterin Öffref		
HAENSCH Clara	Sachbearbeiterin Wiref		
AKYÜZ Halit	Sachbearbeiter Bipol		
ARSLAN Alp	Sachbearbeiter Bipol		

(X) beratendes Rederecht nur im eigenen Wirkungsbereich der entsprechenden Funktion

Abwesend:
AHMADI Stimmübertragung an REYNS

Einladung zur 1. ordentlichen Sitzung der HV FHV im WiSe am 04.12.2025 um 18:00 Uhr Ort: W211/12

Tagesordnung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Protokolle
 - a) Protokoll erste außerordentliche Sitzung im SoSe 2025
4. Beschluss JVA laut 11.09.2025
5. Beschluss Wirtschaftsabschluss SIGNUM
6. Wahl Wirtschaftsreferent:in
7. Wahl Referent:in Bipol
8. Wahl Vorsitz
9. Wahl Vorsitz Stellvertretung
10. Stellenausschreibungen
 - a) Öffref
 - b) Kollegium
 - c) Queerref
11. Bericht des Vorsitzes
12. Bericht der Referate
 - a) Bildungspolitik
 - b) Kultur
 - c) Öffentlichkeitsarbeit
 - d) Queer
 - e) Sozialpolitik
 - f) Sport
 - g) Wirtschaft
13. Etwaige Anträge
14. Allfälliges

Aus organisatorischen Gründen bitten wir externe Gäste bei Teilnahmewunsch um rechtzeitige Anmeldung unter oeh-vorsitz@fhv.at

Top 1) Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Die Einladung zur Sitzung erfolgte zeitgerecht an die Mitglieder der Hochschulvertretung und die Studierenden mittels Veröffentlichung auf der Website und per E-Mail.

Die Beschlussfähigkeit ist durch die anwesenden Mandatar:innen gegeben.

Top 2) Genehmigung der Tagesordnung

Tagesordnung entsprechend *Anlage B. Tagesordnung A* musste abgeändert werden.

GERI stellt den Antrag, dass die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung (*Anlage B*) genehmigt wird.

Dafür: 7
Enthaltungen: 0
Dagegen: 0

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Top 3) Genehmigung des Protokoll

Es wurden keine Einwände gegen die Protokolle der ersten außerordentlichen Sitzung vom (SoSe 25) 11.09.2025 eingebracht.

GERI stellt den Antrag, dass die Protokolle der letzten Sitzungen genehmigt werden.

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Die Protokolle wurden einstimmig angenommen.

Top 4) Beschluss JVA laut 11.09.2025

GERI erklärt den Sachverhalt der Budgetänderung am 11.09.25 im Bildungspolitiksreferat. Dort wurde der Posten des Gebärdensprachkurs aufgenommen, sowie das Budget auf Antrag erhöht. Dafür muss der neu aufgesetzte JVA gemeinsam beschlossen werden.

GERI stellt den Antrag, dass der neue JVA laut 11.09.25 genehmigt wird.

Dafür: 7
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Antrag wird einstimmig beschlossen.

Top 5) Beschluss Wirtschaftsabschluss SIGNUM

Der Prüfbericht wurde zur Begutachtung veröffentlicht. GERI stellt den Soll-Ist-Vergleich für das Studienjahr 2024/25 vor und zeigt auf, dass es Auflösungen von Rücklagen gegeben hat. GERI erläutert, dass der HV FHV ungefähr € 239.722, 20 an Rücklagen zur Verfügung stehen. GERI stellt

den Antrag, dass der Jahresabschluss sowie der Prüfbericht für das Wirtschaftsjahr 2024/2025 genehmigt wird.

Dafür: 7

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Der Jahresabschluss und der Prüfbericht wurden einstimmig angenommen.

Top 6) Wahl Wirtschaftsreferent:in

GERI stellt HAENSCH als Referentin für das Wirtschaftsreferat zur Wahl.

Dafür: 7

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Die Wahl wurde einstimmig angenommen. HAENSCH nimmt die Wahl an (18:13).

Top 7) Wahl Referent:in Bipol

GERI stellt AKYÜZ als Referent für das Bildungspolitiksreferat zur Wahl.

Dafür: 7

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Die Wahl wurde einstimmig angenommen. AKYÜZ nimmt die Wahl an (18:14).

Top 8) Wahl Vorsitz

GERI tritt von ihrem Amt als Vorsitzende zurück.

ROGGINER tritt als 2. Stellvertretung Vorsitz zurück.

ROGGINER stellt sich zur Wahl des Vorsitzes auf.

Dafür: 7

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Die Wahl wurde einstimmig angenommen. ROGGINER nimmt das Amt an (18:16)

Top 9) Wahl Vorsitz Stellvertretung

REHMAN tritt als 1. Stellvertretung zurück.

FEICHTINGER stellt sich zur Wahl für das Amt der 1. Stellvertretung Vorsitz auf.

Dafür: 7

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Die Wahl wurde einstimmig angenommen. FEICHTINGER nimmt die Wahl an (18:17).

REHMAN stellt sich zur Wahl für das Amt der 2. Stellvertretung Vorsitz auf.

Dafür: 7

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

Die Wahl wurde einstimmig angenommen. REHMAN nimmt die Wahl an (18:18).

Top 10) Stellenausschreibungen

Das Öffentlichkeitsreferat sucht Unterstützung. Die Stelle wird ausgeschrieben.

Das Queerreferat sucht Unterstützung und einen Referenten. Die Stelle wird ausgeschrieben.

Das Kollegium sucht ebenso neue Mitglieder ab Februar 26.

Top 11) Bericht Vorsitz

ROGGINER berichtet:

1. Vorsitz & Personal

Dominik Rogginer wurde erfolgreich eingearbeitet und umfassend auf das Vorsitzamt vorbereitet. Zudem gab es in den letzten Wochen einen größeren Personalwechsel: Mehrere neue StV-Mitglieder wurden aufgenommen und bereits in ihre Aufgabenbereiche eingearbeitet. Dadurch konnten die Verantwortlichkeiten neu verteilt und wichtige Prozesse stabilisiert werden.

2. Räumlichkeiten & Umstrukturierungen

Wir haben die Planung neuer Raumaufteilungen abgeschlossen und bereits mit der Umstrukturierung begonnen.

Die neue Aufteilung sieht wie folgt aus:

U317 – Allgemeines Büro

Hier soll der reguläre Arbeits- und Organisationsbetrieb stattfinden.

U316 – Vorsitzbüro

Dieser Raum dient ab sofort als zentraler Arbeitsplatz für den Vorsitz.

U314 – Besprechungsraum & Zwischenlager

Dieser Raum wird für Sitzungen und kleinere Treffen genutzt. Zusätzlich dient er als Zwischenlager.

Wichtig: Es soll nur kurzfristig gelagert werden, der Raum ist sauber zu halten.

Materialien für die Referate befinden sich ebenfalls in diesem Raum in den dafür vorgesehenen Kästen.

3. Projekte & Initiativen

Pfandretter-Projekt:

Ab Januar ist geplant, ein Spendeprojekt an der FHV zu installieren. Dabei können Dosen und PET Flaschen abgegeben werden, der Pfanderlös wird der Sozialinstitution ANKER gespendet. ANKER ist die einzige Notschlafstelle für Jugendliche in Vorarlberg und wichtige Anlaufstelle, wenn es um Wohnungslosigkeit bei Jugendlichen geht.

Beratungsgespräche für Studierende:

Auch in den letzten Wochen wurden wieder zahlreiche Beratungstermine durchgeführt – insbesondere zu organisatorischen und sozialen Themen.

Einsatz gegen Budgetkürzungen im Sozialbereich:

Die ÖH bleibt weiterhin aktiv im Kampf gegen die aktuell drohenden Budgetkürzungen und setzt sich sowohl hochschulintern als auch überregional für den Erhalt sozialer Unterstützungsangebote ein.

4. Veranstaltungen

Weihnachtsfeier am 12.12. um 18:00 Uhr

Es wird ein gemeinsames Essen geben, alle sind herzlich eingeladen. Weitere organisatorische Details folgen zeitnah.

Top 12) Berichte der Referate

Bildungspolitik

- Sprachkursangebote WIFI
- Rhetorik Kurs
- Webinar Money Revolution wird fürs nächste Semester wieder ins Auge gefasst
- Sprachförderung durch Babbel-Jahresabos
- Plagiatsscanner
- Rhetorikkurs
- Fotoshooting Bewerbungen

Kulturreferat

- Semester Opening Party im Fischbach
- Mensawochen
- Hackathon
- Filmabend
- Glühweinstand
- Preisjassen
- Young People Night
- Bregenz Festspielhaus Angebot
- Obst
- Kinoaktion
- Donnerstag Abende mit Mike Live, Feedbackrunde

Öffentlichkeitsreferat

- Neu auf der Homepage: Eventkalender
- Social Media, Website

Queerreferat

- Niemand anwesend
- Die Referentin kann das Queer-Referat nicht weiter besetzen / es wird im 1. Semester Intermedia nachgefragt

Sozialpolitik

- Tampon- & Bindenspender wurden in allen Gebäuden des Campus installiert. Es gibt somit in jedem Gebäude zugang zu Gratis Menstruationsprodukten.

- Seminar "Zeit und Selbstmanagement"
- Bewerbungsfotoshooting
- 3 for free event – Kleiderrausch Tauschbörse

Sportreferat

- Bergabenteuer
- Steinblock Boulderhalle
- Yoga
- Stadtbad Dornbirn und Waldbad Enz
- Fahrradcheck
- Funworld Hard
- Eishockey beim SC Hohenems
- Trinkathon
- Skikarte Montafon geplant
- Nach Snow Days wird nachgefragt, wird dieses Jahr nicht gemacht.
- Paddelangebot

Wirtschaftsreferat

Das Wirtschaftsreferat betont, dass das jedes Referat sein Budget gut im Auge behalten soll. Nicht zu viel brauchen aber auch nicht zu wenig.

Bzgl. Auslagenersatzanträgen sollte man diese zügig bearbeiten, damit jeder sein privat eingesetztes Geld schnellstmöglich wieder zurückerhält.

Top 13) Etwaige Anträge

Keine

Top 14) Allfälliges

- Glühweinstand / Reinigung / Lagerung:
Es wird festgehalten, dass die Räumlichkeiten nach Veranstaltungen (insbesondere nach dem Glühweinstand) ordentlich und sauber zu hinterlassen sind und der anfallende Müll zu entfernen ist. Das Gebäudemanagement hat sich über den Zustand der Räume nach der letzten Veranstaltung beschwert, insbesondere wegen zurückgebliebener Glasflaschen. Künftig soll entstehender Müll bzw. Leergut kurzfristig im neuen Lagerraum (U314) zwischengelagert werden, damit die FH für die Entsorgung nicht verantwortlich gemacht werden kann. Lager U314 ist ausdrücklich nur als Zwischenlager gedacht; Pfand ist zeitnah zu retournieren. Wenn andere Personen/Teams Getränke der ÖH mitverwenden möchten, soll dies vorab kommuniziert und abgesprochen werden.
- Lager- und Ablageflächen (Mappen / Unterlagen):
Es wird darauf hingewiesen, dass der Platz für Mappen und Unterlagen (insb. WiRef) knapp wird. Es besteht die Möglichkeit, diese im Archiv der FHV zu lagern (Anfrage bei Rektorat möglich). Aktuelle Unterlagen sollen im neuen Vorsitzbüro untergebracht werden.
- Kommunikationskanäle (WhatsApp / Telegram / Signal):
Es findet eine Diskussion über den derzeitigen Kommunikationskanal statt. Der frühere

Vorsitz erläutert den damaligen Umstieg von WhatsApp auf Telegram. Der Vorschlag von Noah Moser, nun auf Signal umzusteigen, wird nach Diskussion abgelehnt. Begründet wird dies u. a. mit dem Aufwand eines erneuten Umstiegs sowie der historischen Entwicklung der genutzten Kanäle. Noah Moser bringt seine Präferenz für Signal und seine ideologischen Bedenken gegenüber anderen Diensten ein (u. a. im Hinblick auf Datenschutz und Ende-zu-Ende-Verschlüsselung), erklärt diese ausführlich und hält fest, dass er die Entscheidung der Runde akzeptiert, auch wenn er nicht in allen Punkten Zustimmung findet.

ROGGINER schließt die Sitzung um 19:11 Uhr.

- Anlage A Einladung und Tagesordnung_alte Version
- Anlage B Tagesordnung_neue Version
- Anlage C Protokoll 11.09.25
- Anlage D JVA ab 11.09.25
- Anlage E Prüfbericht und Jahresabschluss 2024/25
- Anlage F Budget-IST-Vergleich

**Einladung zur 1. ordentlichen Sitzung der HV FHV
im WiSe am 04.12.2025 um 18:00 Uhr
Ort: W211/12**

Tagesordnung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Protokolle
 - a) Protokoll erste außerordentliche Sitzung im SoSe 2025
4. Beschluss JVA laut 11.09.2025
5. Wahl Wirtschaftsreferent:in
6. Wahl Referent:in Bipol
7. Wahl Vorsitz
8. Stellenausschreibungen
 - a) Öffref
 - b) Kollegium
9. Bericht des Vorsitzes
10. Bericht der Referate
 - a) Bildungspolitik
 - b) Kultur
 - c) Öffentlichkeitsarbeit
 - d) Queer
 - e) Sozialpolitik
 - f) Sport
 - g) Wirtschaft
 - h) Stellvertretung Wirtschaft
11. Etwaige Anträge
12. Allfälliges

Aus organisatorischen Gründen bitten wir externe Gäste bei Teilnahmewunsch um rechtzeitige Anmeldung unter oeh-vorsitz@fhv.at

**Einladung zur 1. ordentlichen Sitzung der HV FHV
im WiSe am 04.12.2025 um 18:00 Uhr
Ort: W211/12**

Tagesordnung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Protokolle
 - a) Protokoll erste außerordentliche Sitzung im SoSe 2025
4. Beschluss JVA laut 11.09.2025
5. Beschluss Wirtschaftsabschluss SIGNUM
6. Wahl Wirtschaftsreferent:in
7. Wahl Referent:in Bipol
8. Wahl Vorsitz
9. Wahl Vorsitz Stellvertretung
10. Stellenausschreibungen
 - a) Öffref - Sachbearbeiter:in
 - b) Kollegium
 - c) Queerreferat
11. Bericht des Vorsitzes
12. Bericht der Referate
 - a) Bildungspolitik
 - b) Kultur
 - c) Öffentlichkeitsarbeit
 - d) Queer
 - e) Sozialpolitik
 - f) Sport
 - g) Wirtschaft
13. Etwaige Anträge
14. Allfälliges

Aus organisatorischen Gründen bitten wir externe Gäste bei Teilnahmewunsch um rechtzeitige Anmeldung unter oeh-vorsitz@fhv.at

Budget-Ist-Vergleich Gebahrungserfolgsrechnung Studienjahr 2024/25	BUDGET / PLAN lt. JVA	IST lt. Jahresabschl uss	Differenz absolut	Differenz in %	Erläuterung
I. Erträge im Zusammenhang mit der unmittelbaren Vertretungstätigkeit					
1. Studierendenbeiträge	€ 122,500.81	€ 122,500.81	€ 0.00	0%	
2. Beiträge gem. §§ 7 Abs. 2, 14 Abs. 3 oder 25 Abs. 3 HSG 2014	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
3. Erträge aus Stiftungen, Spenden und Zuwendungen	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
4. Erträge aus Inseraten und Werbung	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
5. Sonstige Erträge	€ 3,435.00	€ 4,280.84	€ 845.84	25%	Im Jahresveranschlag wurden diese Erträge vorsichtiger geschätzt. Im Laufe des Jahres sind zusätzliche sonstige Erträge angefallen (z. B. Rückvergütungen, Kostenersatzungen, kleinere Zuschüsse o. Ä.).
SUMME I	€ 125,935.81	€ 126,781.65	€ 845.84	1%	Unwesentlich, i.O.
II. Aufwendungen im Zusammenhang mit der unmittelbaren Vertretungstätigkeit					
1. Personalaufwand					
a. Gehälter	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
b. Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche MV-	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
c. Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
d. Sonstige Sozialaufwendungen	€ 14,000.00	€ 1,396.12	€ 12,603.88	90%	Reambuildings für Off-Mitglieder, die geplant waren, sind im Wesentlichen nicht stattgefunden.
e. Personalkostenreserve - ggf.	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
2. Funktionsgebühren	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
3. Werkverträge und Honorare	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
4. Sachaufwendungen	€ 174,910.00	€ 32,852.69	-€ 142,057.31	-81%	Die Ist-Zahl stammt aus dem Prüfbericht. Es liegt im Wesentlichen eine Kostenstellenverschiebung von den „Sachaufwendungen“ zu den „Aufwendungen aus Veranstaltungen“ vor. Die hier geplanten Beträge wurden größtenteils unten bei den Aufwendungen aus Veranstaltungen verbucht. Der Minderaufwand in dieser Position entspricht somit im Wesentlichen dem Mehraufwand bei den Aufwendungen aus Veranstaltungen. Insgesamt wurden die betreffenden Aufwendungen um rund 74 T€ vorsichtshalber über dem tatsächlichen Ist-Bedarf budgetiert.
5. Abschreibungen	€ 700.00	€ 2,561.40	€ 1,861.40	266%	Die Abweichung ist im Wesentlichen auf GWG-Anschaffungen zurückzuführen. Keine weiteren Prüfungshandlungen erforderlich, i.O.
SUMME II	€ 189,610.00	€ 36,810.21	-€ 152,799.79	-81%	siehe oben
III. Ergebnis der unmittelbaren Vertretungstätigkeit (= I. abzüglich II.)	-€ 63,674.19	€ 89,971.44	€ 153,645.63	-241%	
IV. Erträge aus Veranstaltungen	€ 1,500.00	€ 1,735.10	€ 235.10	16%	Nicht wesentlich, i.O.
V. Aufwendungen aus Veranstaltungen	€ 31,500.00	€ 99,860.44	€ 68,360.44	217%	Siehe Erläuterung oben (G19)
VI. Ergebnis aus Veranstaltungen (IV. abzüglich V.)	-€ 30,000.00	-€ 98,125.34	-€ 68,125.34	227%	Siehe Erläuterung oben (G19)
VII. Erträge aus wirtschaftlichen Aktivitäten/Wirtschaftsbetrieben/ Beteiligungen	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
VIII. Aufwendungen aus wirtschaftlichen Aktivitäten/Wirtschaftsbetrieben/ Beteiligungen	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
IX. Ergebnis aus wirtschaftlichen Aktivitäten/Wirtschaftsbetrieben/ Beteiligungen (VII. abzüglich VIII.)	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
X. Finanzerträge	€ 50.00	€ 4,168.74	€ 4,118.74	8237%	Die positive Abweichung ist im Wesentlichen auf die hohen Zinsen im Berichtsjahr zurückzuführen. Das Kapital ist auf einem Sparkonto geparkt und wird dort verzinst. i.O.
XI. Finanzaufwendungen	€ 210.00	€ 0.00	-€ 210.00	-100%	
XII. Finanzergebnis (X. abzüglich XI.)	-€ 160.00	€ 4,168.74	€ 4,328.74	-2705%	
XIII. Steuern und Abgaben	€ 10.00	€ 1,042.19	€ 1,032.19	10322%	Aufgrund hohe Zinserträge (siehe oben), deshalb hohe Kapitalertragsteuer, i.O.
XIV. Ergebnis der laufenden Gebahrung (Summe aus III., VI., IX., XII. abzüglich XIII.)	-€ 93,844.19	-€ 5,027.35	€ 88,816.84	-95%	
XV. abzüglich Zuweisung zu Rücklagen	€ 0.00	€ 0.00	€ 0.00		
XVI. zuzüglich Auflösung von Rücklagen	€ 93,844.19		-€ 93,844.19	-100%	
XVII. Gebahrungsüberschuss/-fehlbetrag	€ 0.00	-€ 5,027.35	-€ 5,027.35		
Eigenkapital lt. Jahresabschluss per 30.06.2025		€ 239,722.20			

2024/2025

HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg

Hochschulstraße 1
6850 Dornbirn

**JAHRES-
ABSCHLUSS**

BWD Steuerberatung GmbH & Co KG

6850 Dornbirn, Josef-Ganahl-Straße 16
Tel +43 (5572) 23823 / Fax -10
peter.busarello@bwd.at
www.bwd.at

Inhaltsverzeichnis

1	1. Erstellungsbericht
2	2. Rechtliche Grundlagen
3	3. Steuerliche Grundlagen
4	4. Bilanz zum 30. Juni 2025
5 - 6	5. Gebahrungserfolgsrechnung
7 - 8	6. Bilanz zum 30. Juni 2025
9 - 11	7. Gebahrungserfolgsrechnung
12 - 14	8. Erläuterungen zu Bilanz und Gebahrungserfolgsrechnung
15	9. Anlagenspiegel
16	10. Zugänge
17	11. Abgänge
18 - 19	12. Anlagenverzeichnis
20	13. Vorschauliste Abschreibungen
21 - 26	14. Anhang
21 - 22	14.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
21	14.1.1. Allgemeine Grundsätze
21	14.1.2. Anlagevermögen
21	14.1.2.1. Sachanlagen
21	14.1.3. Umlaufvermögen
21	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
22	14.1.4. Rückstellungen
22	14.1.4.1. Sonstige Rückstellungen
22	14.1.5. Verbindlichkeiten
22 - 26	14.2. Erläuterungen der Bilanz und der Gebahrungserfolgsrechnung
22	14.2.1. Allgemeine Angaben
22	14.2.1.1. Gliederungsvorschriften des Jahresabschlusses
22	14.2.2. Erläuterungen zur Bilanz
22	14.2.2.1. Anlagevermögen
22 - 26	14.2.3. Erläuterungen zur Gebahrungserfolgsrechnung

14.2.3.1. Zusammensetzung der Studierendenbeiträge:	23
14.2.3.2. Reinigungsmaterial:	23 - 25
14.2.3.3. Zusammensetzung Erträge aus Veranstaltungen:	25 - 26
14.3. Sonstige Angaben	26
14.3.1. Organe und Arbeitnehmer der Gesellschaft	26
15. Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB)	27 - 31

1. Erstellungsbericht

Bericht über die

Erstellung des Jahresabschlusses

zum 30. Juni 2025

der

HochschülerInnenenschaft an der FH Vorarlberg, Dornbirn.

Wir haben auftragsgemäß den Jahresabschluss der HochschülerInnenenschaft an der FH Vorarlberg zum 30. Juni 2025 – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellt.

Grundlage für die Erstellung des Abschlusses waren die von uns durchgeführten Tätigkeiten (zB die gesamte Buchhaltung, Lohn- und Gehaltsbuchführung, Anlagenverzeichnis) und die uns darüber hinaus vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht auf Ordnungsmäßigkeit oder Plausibilität geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach UGB und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in ihrer Verantwortung.

Wir haben weder eine Abschlussprüfung noch eine prüferische Durchsicht des Abschlusses noch eine sonstige Prüfung oder vereinbarte Untersuchungsverfahren vorgenommen und geben demzufolge keine Zusage (Bestätigung) zum Abschluss.

Sie sind sowohl für die Richtigkeit als auch für die Vollständigkeit der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen und Auskünfte verantwortlich, auch gegenüber den Nutzern des von uns erstellten Abschlusses. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die auf unser Verlangen von Ihnen unterschriebene Vollständigkeitserklärung.

Der Erstellungsauftrag wurde unter Beachtung des Fachgutachtens KFS/RL 26 „Grundsätze für die Erstellung von Abschlüssen“ durchgeführt. Für den Erstellungsauftrag gelten die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB) der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer (KSW) in der Fassung vom 18.04.2018.

Eine Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte darf nur unter Beigabe des Erstellungsberichts erfolgen.

Im Falle der Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte gelten die in Punkt 7. der AAB für Wirtschaftstreuhandberufe der KSW enthaltenen Ausführungen zur Haftung auch gegenüber Dritten.

2. Rechtliche Grundlagen

Auftraggeber: HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg

Sitz: Dornbirn

Adresse: 6850 Dornbirn, Hochschulstraße 1

Rechtsform: Körperschaft öffentlichen Rechts

Geschäftsjahr: 1. Juli 2024 bis 30. Juni 2025

3. Steuerliche Grundlagen

Finanzamt: Finanzamt Österreich Dienststelle Vorarlberg
Steuernummer: 98 217/6752
Steuerliche Vertretung: BWD Steuerberatung GmbH & Co KG
6850 Dornbirn, Josef-Ganahl-Straße 16
WT805296
Gewinnermittlung: doppelte Buchführung gem. § 17 Abs 1 HS-WV iVm §§ 189 ff UGB
Unternehmensgegenstände: Studentenvertretung

Aktiva	30.06.2025 EUR	30.06.2024 EUR	Passiva	30.06.2025 EUR	30.06.2024 EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Sachanlagen			I. Kumulierter Gebarungszugang aus Vorperioden		
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.230,41	3.913,33	II. Gebarungszugang der laufenden Periode		
B. Umlaufvermögen			B. Rückstellungen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. sonstige Rückstellungen		
1. Forderungen gegenüber Bundesvertretung	14.329,45	13.660,27	C. Verbindlichkeiten		
2. Sonstige Forderungen	0,00	440,00	1. sonstige Verbindlichkeiten		
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	14.329,45	14.100,27			
	251.208,84	263.336,81			
	265.538,29	277.437,08			
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
Summe Aktiva	3.001,35	2.040,00	Summe Passiva		
	271.770,05	283.390,41		271.770,05	283.390,41

Ge. Stok

Gebungserfolgssrechnung		
2024/2025	2023/2024	EUR
1. Studierendebeiträge	122.500,81	110.902,89
2. Beiträge gem. §§ 7 Abs. 2, 14 Abs. 3 oder 25 Abs 3 HSG 2014	0,00	0,00
3. Erträge aus Stiftungen, Spenden und Zuwendungen	0,00	0,00
4. Erträge aus Inseraten und Werbung	0,00	0,00
5. Sonstige Erträge	4.280,84	3.435,00
Zwischensumme Erträge (Z 1 bis 5)	126.781,65	114.337,89
6. Personalaufwand		
a) Gehälter	0,00	0,00
b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche MV-Kassen	0,00	0,00
c) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	0,00	0,00
d) sonstige Sozialaufwendungen	1.396,12	2.127,64
7. Aufwandsentschädigungen	0,00	0,00
8. Werkverträge und Honorare	0,00	0,00
9. Sachaufwendungen	32.852,69	49.272,56
10. Abschreibungen	2.561,40	1.717,24
a) auf Sachanlagen		
Zwischensumme Aufwendungen (Z 6 bis 10)	-36.810,21	-53.117,44
Ergebnis der unmittelbaren Vertretungstätigkeit (Z 1 bis 10)	89.971,44	61.220,45
11. Erträge aus Veranstaltungen	1.735,10	1.867,00
12. Aufwendungen aus Veranstaltungen	99.860,44	73.121,17
Ergebnis aus Veranstaltungen (Z 11 bis 12)	-98.125,34	-71.254,17
13. Erträge aus wirtschaftlichen Aktivitäten/ Wirtschaftsbetrieben/Beteiligungen	0,00	0,00
14. Aufwendungen aus wirtschaftlichen Aktivitäten/ Wirtschaftsbetrieben/Beteiligungen	0,00	0,00
Ergebnis aus wirtschaftlichen Aktivitäten/ Wirtschaftsbetrieben/Beteiligungen (Z 13 bis 14)	0,00	0,00
15. Finanzerträge	4.168,74	2.720,74

Gebahrungserfolgsrechnung	2024/2025 EUR	2023/2024 EUR
16. Finanzaufwendungen	0,00	0,00
Finanzergebnis (Z 15 bis 16)	4.168,74	2.720,74
17. Steuern und Abgaben	1.042,19	680,18
18. Ergebnis der laufenden Gebahrung (Z 1 bis 17)	-5.027,35	-7.993,16
19. abzüglich Zuweisung zu Rücklagen	0,00	0,00
20. zuzüglich Auflösung von Rücklagen	0,00	0,00
21. Gebahrungsfehlbetrag	-5.027,35	-7.993,16

Aktiva		30.06.2025	30.06.2024
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung			
600 Betriebs- und Geschäftsausstattung			
680 geringwertige Vermögensgegenstände			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		3.230,41	3.913,33
1. Forderungen gegenüber Bundesvertretung		0,00	0,00
2.300 Forderungen gegenüber Bundesvertretung		3.230,41	3.913,33
2. Sonstige Forderungen		14.329,45	13.660,27
2.305 Sonstige Forderungen		0,00	440,00
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		14.329,45	14.100,27
2700 Kassenbestand in Euro		498,00	500,00
2800 Sparkasse AT44 2060 2000 0042 8664		45.576,62	60.833,61
2810 Sparkasse AT30 2060 2000 4405 8352 Sparkonto		204.818,24	201.857,65
2830 Sparkasse AT88 2060 2000 0061 5179		315,98	145,55
C. Rechnungsabgrenzungsposten		251.208,84	263.336,81
2900 aktive Rechnungsabgrenzungsposten		3.001,35	2.040,00
Summe Aktiva		271.770,05	283.390,41

Passiva	30.06.2025 EUR	30.06.2024 EUR
A. Eigenkapital		
I. Kumulierter Gebarungszugang aus Vorperioden 9240 Stand 01.01.	244.749,55	252.742,71
II. Gebarungszugang der laufenden Periode 9370 Ergebnis der laufenden Gebarung	-5.027,35	-7.993,16
	239.722,20	244.749,55
B. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen		
3050 Rückstellungen für Beratungskosten	6.100,00	5.400,00
3051 Rückstellungen für Wirtschaftsprüfer Honorar	6.960,00	5.800,00
	13.060,00	11.200,00
C. Verbindlichkeiten		
1. sonstige Verbindlichkeiten		
3700 übrige sonstige Verbindlichkeiten	18.987,85	27.440,86
Summe Passiva	271.770,05	283.390,41

Gebahrungserfolgsrechnung		
2024/2025	2023/2024	
EUR	EUR	
122.500,81	110.902,89	1. Studierendebeiträge 4830 Studierendenbeiträge 0 %
0,00	0,00	2. Beiträge gem. §§ 7 Abs. 2, 14 Abs. 3 oder 25 Abs 3 HSG 2014
0,00	0,00	3. Erträge aus Stiftungen, Spenden und Zuwendungen
0,00	0,00	4. Erträge aus Inseraten und Werbung
4.280,84	3.435,00	5. Sonstige Erträge 4831 sonstige betriebliche Erträge (nicht steuerbar)
126.781,65	114.337,89	6. Personalaufwand
0,00	0,00	a) Gehälter
0,00	0,00	b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche MV-Kassen
0,00	0,00	c) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge
0,00	0,00	d) sonstige Sozialaufwendungen 6700 Freiwilliger Sozialaufwand
1.396,12	2.127,64	7. Aufwandsentschädigungen
0,00	0,00	8. Werkverträge und Honorare
0,00	0,00	9. Sachaufwendungen
30,61	145,44	Aufwand für Instandhaltung, Betriebskosten
1.139,50	1.056,52	7215 Reinigungsmaterial
1.170,11	1.201,96	7550 Verbrauchsmaterial / Verwaltungsaufwand
32,70	1.959,50	Reise- und Fahraufwand
308,60	1.600,00	7340 Reisespesen
764,87	2.569,50	7343 Reisespesen - Hotel
758,45	2.803,56	7344 Verpflegung MA OH
29,06	0,00	7345 Reisespesen - öffentliche Verkehrsmittel
1.893,68	8.932,56	7355 Reisespesen - Kilometergelder
743,74	618,63	Aufwand für Büromaterial
7600		Büromaterial und Drucksorten
13,30	9,35	Nachrichtenaufwand
		7390 Postgebühren

Gebahrungserfolgsrechnung	2024/2025 EUR	2023/2024 EUR
Aufwand für Werbung		
7650 Werbung	3.609,66	7.335,00
7675 Homepage	686,24	1.732,38
	4.295,90	9.067,38
Buchführung, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung		
7750 Rechts- und Beratungsaufwand	504,00	0,00
7753 Buchführung	2.500,00	2.000,00
7754 Jahresabschluss & Steuererklärungen	3.912,00	3.392,00
7757 Wirtschaftsprüfung	7.310,00	6.002,00
	14.226,00	11.394,00
Spesen des Geldverkehrs		
7790 Spesen des Geldverkehrs	548,42	491,65
diverse betriebliche Aufwendungen		
7889 Zuschüsse an Studierende	9.961,54	17.557,03
	32.852,69	49.272,56
10. Abschreibungen		
a) auf Sachanlagen		
7020 Abschreibungen auf Sachanlagen	682,92	682,98
7021 Sofortabschreibungen auf geringwertige Sachanlagen	1.878,48	1.034,26
	2.561,40	1.717,24
Zwischensumme Aufwendungen (Z 6 bis 10)	-36.810,21	-53.117,44
Ergebnis der unmittelbaren Vertretungstätigkeit (Z 1 bis 10)	89.971,44	61.220,45
11. Erträge aus Veranstaltungen		
4200 Erlöse Feste und Veranstaltungen	1.735,10	1.867,00
12. Aufwendungen aus Veranstaltungen		
5645 Verpflegung Feste und Veranstaltungen	48.162,88	47.996,81
7663 Veranstaltungen & Feste Aufwände für Studenten	51.697,56	25.124,36
	99.860,44	73.121,17
Ergebnis aus Veranstaltungen (Z 11 bis 12)	-98.125,34	-71.254,17
13. Erträge aus wirtschaftlichen Aktivitäten/ Wirtschaftsbetrieben/Beteiligungen	0,00	0,00
14. Aufwendungen aus wirtschaftlichen Aktivitäten/ Wirtschaftsbetrieben/Beteiligungen	0,00	0,00
Ergebnis aus wirtschaftlichen Aktivitäten/ Wirtschaftsbetrieben/Beteiligungen (Z 13 bis 14)	0,00	0,00
15. Finanzerträge		
8100 Zinserträge aus Bankguthaben	4.168,74	2.720,74

Gebungserfolgrechnung		
2024/2025	2023/2024	
EUR	EUR	
16. Finanzaufwendungen	0,00	0,00
Finanzergebnis (Z 15 bis 16)	4.168,74	2.720,74
17. Steuern und Abgaben	1.042,19	680,18
8540 Kapitalertragsteuer		
18. Ergebnis der laufenden Gebung (Z 1 bis 17)	-5.027,35	-7.993,16
19. abzüglich Zuweisung zu Rücklagen	0,00	0,00
20. zuzüglich Auflösung von Rücklagen	0,00	0,00
21. Gebungsfehlbetrag	-5.027,35	-7.993,16

8. Erläuterungen zu Bilanz und Gebahrungserfolgsrechnung

Aktiva

2. Sonstige Forderungen

Zusammensetzung:

	30.06.2025 EUR	30.06.2024 EUR
Abgrenzung 3. Rate	<u>14 329,45</u>	<u>13 660,27</u>

Zusammensetzung:

	30.06.2025 EUR	30.06.2024 EUR
Muzaffer Dursun, Ländle Fotobox - Doppelzahlung	<u>0,00</u>	<u>440,00</u>

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Zusammensetzung:

	30.06.2025 EUR	30.06.2024 EUR
Turnitin LLC - 05/25-05/26	<u>3 001,35</u>	<u>2 040,00</u>

Erläuterungen zu Bilanz und Gebarungserfolgsrechnung

HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg

Bregenzer Festspiele, Karten	50,00
MediArt Photographie - Bewerbungsaufnahmen	256,67
Abschluss des Jahres Verpflegung	233,37
Bregenzer Festspiele, Karten	50,00
Bregenzer Festspiele, Karten	50,00
Bregenzer Festspiele, Karten	50,00
Bregenzer Festspiele, Karten	50,00
Bregenzer Festspiele, Karten	50,00
Bregenzer Festspiele, Karten	50,00
Vernetzungstreffen	30,60
MB GmbH - Gutscheine Getränke Beachbar	885,00
MB GmbH - Gutscheine Getränke Beachbar	630,00
Vernetzungstreffen Semesterabschluss	28,05
Babbel GmbH Jahresabo	41,94
Wirtshaus am See GmbH - Catering	2 685,05
päd. Gruppenerfahrung	138,00
päd. Gruppenerfahrung	262,36
päd. Gruppenerfahrung	199,64
Vernetzungstreffen	210,00
Reflexionsessen der Kohorte	450,00
Bregenzer Festspiele, Karten	50,00
Bregenzer Festspiele, Karten	50,00
Amazon - TipEx	40,28
	<hr/>
	18 987,85
	<hr/>

	Anschaffungs-/Herstellungskosten				kumulierte Abschreibungen				Buchwerte			
	Stand 01.07.2024 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	Stand 30.06.2025 EUR	Stand 01.07.2024 EUR	Abschreibungen EUR	Zuschreibungen EUR	Abgänge EUR	Stand 30.06.2025 EUR	Stand 01.07.2024 EUR	Stand 30.06.2025 EUR
A. Anlagevermögen												
I. Sachanlagen												
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung												
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.151,51	0,00	0,00	0,00	7.151,51	3.238,18	682,92	0,00	0,00	3.921,10	3.913,33	3.230,41
geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	1.878,48	1.878,48	0,00	0,00	0,00	1.878,48	0,00	1.878,48	0,00	0,00	0,00
	7.151,51	1.878,48	1.878,48	0,00	7.151,51	3.238,18	2.561,40	0,00	1.878,48	3.921,10	3.913,33	3.230,41

[illegible]

Inv.-Nr.	Bezeichnung	Lieferant	BS	Beleg	Anschaffung	Abgang	Abgangsgrund	Erlös Buchwert Gewinn	Erlös Buchwert Verlust	BW Abgang (ohne Erlös)	Abgangsart
680 geringwertige Vermögensgegenstände											
8-0 GWGs					30.06.2025	30.06.2025					
Gesamtsumme											Gesamtabgang

600 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Inv.-Nr.	Bezeichnung	Lieferant	Anschaffung Inbetriebnahme Abgang	RestND	ND	Abschreibungsart	AHK Anfang Veränderung AHK Ende	Buchwert Abschreibung kum. 01.07.2024	Veränderung	Buchwert Abschreibung kum. 30.06.2025	Bewertungsreserve GFB IFB Zuschuss
2-0	Fussballtisch Gariando Class Indoor	A.u.S. Spielgeräte GmbH	27.04.2017 27.04.2017	5,00 0,00	linear		972,60 0,00 972,60	0,07 972,53	0,00	0,07 972,53	0,00
3-0	SOUNDBOKS tragbarer Bluetooth Partylautsprecher	Amazon EU S.a.r.l.	06.12.2018 06.12.2018	7,00 0,00	linear		805,71 0,00 805,71	115,11 690,60	-115,04 AFA	0,07 805,64	0,00
4-0	Kühlschrank Liebherr	Liebherr-Hausgeräte Lienz GmbH	23.05.2019 23.05.2019	10,00 3,50	linear		600,00 0,00 600,00	270,00 330,00	-60,00 AFA	210,00 390,00	0,00
5-0	Schlafsofa	XXXLutz KG	06.04.2021 06.04.2021	8,00 3,50	linear		1 222,90 0,00 1 222,90	687,89 535,01	-152,86 AFA	535,03 687,87	0,00
6-0	Gastro Indox Edelstahl Kühlschrank	Profishop	17.10.2022 17.10.2022	10,00 7,00	linear		1 263,24 0,00 1 263,24	1 010,60 252,64	-126,32 AFA	884,28 378,96	0,00
7-0	Saro Getränkekühlschrank mit Werbetafel	Profishop	17.10.2022 17.10.2022	10,00 7,00	linear		1 143,53 0,00 1 143,53	914,83 228,70	-114,35 AFA	800,48 343,05	0,00
8-0	Saro Getränkekühlschrank mit Werbetafel	Kühlschrank Profishop	24.10.2022 24.10.2022	10,00 7,00	linear		1 143,53 0,00 1 143,53	914,83 228,70	-114,35 AFA	800,48 343,05	0,00
Summe Konto 600							7 161,51 0,00 7 161,51	3 913,33 3 238,18	-682,92 AFA	3 230,41 3 921,10	0,00

Z = Zugang
 U = Umbuchung
 ao = außerordentliche Afa
 VZ = BR VZ Afa
 G = Gesamtabgang
 sa = sonstige Änderung
 Zu = Zuschreibung
 GWG = BR GWG
 T = Teilabgang
 Afa = Planmäßige Afa
 Izu = Investitionszuschuss
 GFB = Gewinnfreibetrag
 AHKM = Anschaffungs-/Herstellungskostenminderung
 VZ = vorzeitige Afa
 \$12 = BR \$12
 Eb = Ersatzbeschaffung
 BWM = Buchwertminderung
 GWG = Afa GWG
 sK = sonstige Korrektur
 IFB = Investitionsfreibetrag
 VSTK = Vorsteuerkürzung
 ap = außerplanmäßige Afa
 ZaU = Zugang aufgrund Umgründung
 IFBO = IFB Ökologisierung
 E = Erweiterung
 tw = Teilwert-Afa
 AaU = Abgang aufgrund Umgründung

680 geringwertige Vermögensgegenstände

Inv.-Nr.	Bezeichnung	Lieferant	Anschaffung Inbetriebnahme Abgang	ND ResIND	Abschreibungsart	AHK Anfang Veränderung AHK Ende	Buchwert Abschreibung kum. 01.07.2024	Veränderung	Buchwert Abschreibung kum. 30.06.2025	Bewertungsreserve GFB IFB Zuschuss
8-0	GWGs		30.06.2025 30.06.2025	1,00 0,00	linear	0,00 1 878,48 -1 878,48 0,00	0,00 0,00	Z GWG	1 878,48 -1 878,48	0,00 0,00
Gesamtsumme						Z G	7 151,51 1 878,48 -1 878,48 7 151,51	3 913,33 3 238,78 Z AFA GWG	1 878,48 -682,92 -1 878,48	3 230,41 3 921,10 0,00

Vorschauliste Abschreibungen

01.07.2024 bis 30.06.2030

Unternehmensrecht

HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg

Konto	2024/2025	2025/2026	2026/2027	2027/2028	2028/2029	2029/2030
600 Betriebs- und Geschäftsausstattung	682,92	567,88	567,88	567,88	461,33	355,02
680 geringwertige Vermögensgegenstände	1 878,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtsumme	2 561,40	567,88	567,88	567,88	461,33	355,02

14. Anhang

14.1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

14.1.1. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des § 17 (1) und § 18 HS-WV iVm den §§ 189 ff des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit entsprechend den gesetzlichen Regelungen eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden - soweit gesetzlich geboten - berücksichtigt.

14.1.2. Anlagevermögen

Sachanlagen

Das abnutzbare Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert werden. Die geringwertigen Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von EUR 1.000,00 wurden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden linear der voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend vorgenommen.

Folgende Nutzungsdauern wurden den planmäßigen Abschreibungen zugrunde gelegt:

Nutzungsdauer in Jahren	Betriebs- und Geschäftsausstattung
1,00 - 10,00	

14.1.3. Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Im Falle erkennbarer Einzelrisiken wurde der niedrigere beizulegende Wert angesetzt.

14.1.4. Rückstellungen**Sonstige Rückstellungen**

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe oder dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach bestmöglicher Schätzung zur Erfüllung der Verpflichtung aufgewendet werden müssen. Sämtliche Rückstellungen haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

14.1.5. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

14.2. Erläuterungen der Bilanz und der Gebarungserfolgsrechnung**14.2.1. Allgemeine Angaben****Gliederungsvorschriften des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss ist gemäß § 17 HS-WV bzw Anlage gegliedert.

14.2.2. Erläuterungen zur Bilanz**Anlagevermögen**

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten sind in folgendem Anlagenspiegel dargestellt:

	Anschaffungs-/Herstellungskosten		Abschreibungen kumuliert			Buchwert
	01.07.2024	Zugänge	01.07.2024	Abschreibungen	Abgänge	01.07.2024
	30.06.2025	Abgänge	30.06.2025	Zuschreibungen		30.06.2025
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Anlagevermögen						
Sachanlagen						
Betriebs- und						
Geschäftsausstattung	7 151,51	1 878,48	3 238,18	2 561,40	1 878,48	3 913,33
	7 151,51	1 878,48	3 921,10	0,00		3 230,41

14.2.3. Erläuterungen zur Gebarungserfolgsrechnung

Gemäß HS-WV sind die Posten Sachaufwendungen, Funktionsbezogene Aufteilung der gewährten Aufwandsentschädigungen und die Veranstaltungen im Anhang ergänzende aufzugliedern.

Studierendenbeiträge

Zusammensetzung der Studierendenbeiträge:

1. Rate OH Studierendenbeitragsverteilung	53 768,67
2. Rate OH Studierendenbeitragsverteilung	54 402,69
3. Rate OH Studierendenbeitragsverteilung	14 329,45
	122 500,81
	EUR
	2024/2025

sonstige Erträge

Fristwidrige Absage	300,00
Ersatz Verwaltungskosten vom Ministerium	3 880,00
Beschädigung Beer-Pong Tisch	100,84
	4 280,84
	EUR
	2024/2025

Personalaufwand

im Wirtschaftsjahr 2024/2025 gab es keine Ausgaben für Personal.

Aufwandsentschädigungen

im Wirtschaftsjahr 2024/2025 gab es keine Ausgaben für Aufwandsentschädigungen.

Sachaufwendungen

Die Sachaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

Reinigungsmaterial:

Sonstige Aufwendungen HV	30,61
	EUR
	2024/2025

Verbrauchsmaterial:

Sonstige Aufwendungen HV	1 139,50
	EUR
	2024/2025

Reise und Fahrtaufwand:

	2024/2025 EUR
Sonstige Aufwendungen HV	1 893,68
	<u>1 893,68</u>

Büromaterial:

	2024/2025 EUR
Sonstige Aufwendungen HV	743,74
	<u>743,74</u>

Porti:

	2024/2025 EUR
Sonstige Aufwendungen HV	13,30
	<u>13,30</u>

Werbung:

	2024/2025 EUR
Referat für Kultur	200,00
Referat für Öffentlichkeitsarbeit	2 409,66
Sonstige Aufwendungen HV	1 186,24
StuVe Informatik & Mechatronik	500,00
	<u>4 295,90</u>

Rechts- und Beratungsaufwand:

	2024/2025 EUR
Sonstige Aufwendungen HV	504,00
	<u>504,00</u>

Buchführung:

	2024/2025 EUR
WiRef	2 500,00
	<u>2 500,00</u>

Jahresabschluss:

	2024/2025 EUR
WiRef	3 912,00
	<u>3 912,00</u>

Wirtschaftsprüfung:

WiRet

2024/2025
EUR
7 310,00

Spesen des Geldverkehrs:

WiRet

Sonstige Aufwendungen HV

2024/2025
EUR
100,00
448,42
548,42

Zuschüsse an Studierende:

Referat für Sozialpolitik
Referat für Bildungspolitik
Referat für Kultur
Referat für Sport
Sonstige Aufwendungen HV
StuVe Technik
StuVe Soziales & Gesundheit

2024/2025
EUR
4 141,00
1 705,32
1 292,51
800,00
43,96
1 500,00
478,75
9 961,54

Erträge aus Veranstaltungen

Zusammensetzung Erträge aus Veranstaltungen:

Sonstige Erträge

2024/2025
EUR
1 735,10

Die Aufwendungen für Veranstaltungen setzen sich wie folgt zusammen:

Verpflegung Feste und Veranstaltungen:

	2024/2025 EUR
Referat für Sozialpolitik	-4 675,35
Referat für Bildungspolitik	-14 388,94
Referat für Kultur	-28 823,79
Referat für Queer Angelegenheiten	-644,09
Referat für Sport	-15 162,60
Referat für Öffentlichkeitsarbeit	-757,65
Sonstige Aufwendungen HV	-17 434,25
StuVe Technik	-8 883,84
StuVe Soziales & Gesundheit	-4 818,79
StuVe Gestaltung	-2 444,56
StuVe Wirtschaft	-1 826,58
	<u>-99 860,44</u>

14.3. Sonstige Angaben

14.3.1. Organe und Arbeitnehmer der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr waren folgende Personen als Vorsitzende tätig:

Stefanie Geri ab 06.09.2024.

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer während des Geschäftsjahrs 2024/2025 beträgt 0 (Vorjahr: 0).

Die Zahl der freien Dienstnehmer während des Geschäftsjahrs 2024/2025 beträgt 0 (Vorjahr: 0).

24.11.2025


Datum, Vorsitzende/r

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Empfohlen vom Vorstand der Kammer der Steuerberater und
Wirtschaftsprüfer zuletzt mit Beschluss vom 18.04.2018

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über
Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische
Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von
Rechtsgeschäften oder Rahmen im Rahmen der §§ 2
oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien
des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen
„Auftraggeber“ genannt).

(2) Diese
Allgemeinen
Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftstreuhandberufe
gliedern sich in zwei Teile: Die
Auftragsbedingungen des 1. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die
Auftragseinstellung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers
(Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß
Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl. Nr. 140 in
der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine
abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese
zu ersetzen.
durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt,

I. TEIL

1. Umfang und Ausföhrung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der
schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und
Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche
Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die
Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:
a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder
Körperschaftsteuer und zwar auf Grund der vom
Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom
Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die
Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht
ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen
Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
b) Prüfung der Beschlüsse zu den unter a) genannten Erklärungen mit den
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den
unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von
Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
e) Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten
Steuern.
f) Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein
Pauschalhonorar, so sind mangelnder schriftlicher
Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu
honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren
Jahressteuererklärungen zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu
nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger
Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden
insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen
worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche
Beauftragung.
(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2
und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten
Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei
Sachverständigenfähigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur
Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des
Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des
Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen
(Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des
Auftrages durch einen Berufsbezugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter
im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer
auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit
unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.
(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen
ausschließlich ökonomisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches
Recht ist nur bei ausdrücklichlicher schriftlicher Vereinbarung zu
berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden
schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der
Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder
sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich
abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die von
ihm zur Verfüöung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der
Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der
Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren
datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.
(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen
elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklichlicher gegenseitiger
vereinbarung – lediglich als Bote und stellt keine im oder einem
einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder
Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des
Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren,
während und binnen eines Jahres nach Beendigung des
Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm
nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur
Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den
Auftragnehmer verpflichtet.

2. Auftragspflicht des Auftraggebers: Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer
auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des
Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in
Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt
werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben
wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können.
Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst
während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und
übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere
Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu
Grund zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen
Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt
dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er
allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu
geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu
wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der
vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen
im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigenfähigkeit
schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen
Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben
worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken
schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die
Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind
bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart,
nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden
nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle
Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der
Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die
Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten
verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene
Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissenserklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Ertelung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortersystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht fern-mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch

mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zutrokommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Außenungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungsgeld des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Auftraggeberheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Außenungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftraggeber (insbesondere Schadensersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche beruflichen Außenungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers ausändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogener Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon anzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentierung seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder berufsüblich ist.

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrages hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt 4 (4) und (5)). Das Erscheinen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrages.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließliche, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

12. Honorar

(1) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Versprechen der Frist der Vertrag als aufgehoben gilt, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichterhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftraggeber, behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

(3) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktensstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgerokommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursachen auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz. daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursachen auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz. daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenerrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründet auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenerrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründet auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenerrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuerklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

(1) Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalisierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmengeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkennung.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä. gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragsbefolgung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragsbefolgung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer

Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder unzulässig, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrnehmung zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

- (1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.
- (2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässige verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.
- (3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.
- (4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.
- (5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:
Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benutzten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Befehlung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher. Das Rücktrittsrecht steht dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das 1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,
2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder
3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.
Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.
Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug
- (6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:
Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.
Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist. Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.
- (7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:
Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehltendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist, für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.
- (8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:
Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichts begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.
- (9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

- (a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichtet und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.
- (b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungstermin auf höchstens sechs Monate verlängert werden.
- (c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungsstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.
- (d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.

Studienjahr 2025/26		Hilfsspalte Verteilung Einnahmen Studierendenbeitrag auf STV (in Summe 30%)	Einnahmen PLAN	Ausgaben PLAN
Studierendenbeitrag			€ 115 219,00	
1. Studienvertretungen				
Studienvertretung Technik	Studierendenanteil 35%			
Anteil Studierendenbeiträge				
Funktionsgebühren			€	-
Sachaufwand			€	-
Studierendenangebote			€	12 041,00
Erlöse Veranstaltungen		€	-	
Aufwendungen Veranstaltungen				€ -
Studienvertretung Wirtschaft	Studierendenanteil 20%			
Anteil Studierendenbeiträge				
Funktionsgebühren			€	-
Sachaufwand			€	-
Studierendenangebote			€	6 798,00
Erlöse Veranstaltungen		€	-	
Aufwendungen Veranstaltungen				€ -
Studienvertretung Soziales & Gesundheit	Studierendenanteil 21%			
Anteil Studierendenbeiträge				
Funktionsgebühren			€	-
Sachaufwand			€	-
Studierendenangebote			€	7 280,00
Erlöse Veranstaltungen		€	-	
Aufwendungen Veranstaltungen				€ -
Studienvertretung Gestaltung	Studierendenanteil 9%			
Anteil Studierendenbeiträge				
Funktionsgebühren			€	-
Sachaufwand			€	-
Studierendenangebote			€	3 186,00
Erlöse Veranstaltungen		€	-	
Aufwendungen Veranstaltungen				€ -
Studienvertretung Schloss Hofen	Studierendenanteil 15%			
Anteil Studierendenbeiträge				
Funktionsgebühren			€	-
Sachaufwand			€	-
Studierendenangebote			€	5 261,00
Erlöse Veranstaltungen		€	-	
Aufwendungen Veranstaltungen				€ -
2. Hochschulvertretung				
Anteil Studierendenbeitrag	€	80 653,30		
Personal				
Sekretariat - Gehalt			€	-
SV, DB, DZ			€	-
Mitarbeitervorsorgekasse			€	-
Personalkostenreserve (ggf. vorsehen)			€	-
Vorsitz				
Funktionsgebühren			€	-
Sachaufwand			€	-

Referat für wirtschaftliche Angelegenheiten		
Funktionsgebühren	Hochschülerschaft der Fachhochschule Vorarlberg	€ -
Sachaufwand		€ -
Buchhaltung und Jahresabschluss		€ 6 000,00
Wirtschaftsprüfung		€ 6 200,00

Referat für Bildungspolitik		
Funktionsgebühren		€ -
Sachaufwand		€ -
Erlöse Veranstaltungen	€ -	
Aufwendungen Veranstaltungen		€ -
Studierendenangebote		€ 15 000,00

Referat für Sport		
Funktionsgebühren		€ -
Sachaufwand		€ -
Erlöse Veranstaltungen	€ -	
Aufwendungen Veranstaltungen		€ 2 000,00
Studierendenangebote		€ 14 000,00

Referat für Sozialpolitik		
Funktionsgebühren		€ -
Sachaufwand		€ -
Erlöse Veranstaltungen	€ -	
Aufwendungen Veranstaltungen		€ 500,00
Studierendenangebote		€ 12 000,00

Referat für Kultur		
Funktionsgebühren		€ -
Sachaufwand		€ 1 800,00
Erlöse Veranstaltungen	€ 1 500,00	
Aufwendungen Veranstaltungen		€ 28 500,00
Studierendenangebote		€ 11 000,00

Referat für Öffentlichkeitsarbeit		
Funktionsgebühren		€ -
Sachaufwand		€ 5 000,00
Erlöse Veranstaltungen	€ -	
Aufwendungen Veranstaltungen		€ -
Studierendenangebote		€ -

Referat für Queer Angelegenheiten		
Funktionsgebühren		€ -
Sachaufwand		€ 500,00
Erlöse Veranstaltungen	€ -	
Aufwendungen Veranstaltungen		€ 500,00
Studierendenangebote		€ 2 500,00

Sonstige Aufwendungen und Erträge		
Bankspesen		€ 55,00
Zinserträge	€ 50,00	
Subventionen lt. § 14 HSG	€ -	
Steuern und Abgaben		€ 10,00
Büroaustattung		€ 6 000,00
Büromaterial & Fachliteratur		€ 3 360,00
Sonstige Aufwendungen für die HV		€ 2 000,00
KEST		€ 100,00
Zinsen und Bankspesen		€ 55,00
Datenschutzbeauftragte:r		€ 2 000,00
Abschreibungen		€ 1 200,00
Freiwilliger Sozialaufwand		€ 2 000,00
Sonstige Erträge	€ 3 435,00	
Sitzungs-, Fahrt- & Verpflegungskosten		€ 4 500,00
MÖHNSA Projekt		€ 10 000,00
Teambuilding		€ 12 000,00
Kooperation FH Vorarlberg		€ 2 000,00
Mobilitätsförderung		€ -
Rahmenveranstaltung ÖH Wahl		€ -
Psychologisches Angebot		€ 13 000,00

Einnahmen/Ausgaben GESAMT	€ 120 204,00	€ 198 346,00
Verbrauch Rücklagen	€ 78 142,00	
Zuführung Rücklagen		
	€ 198 346,00	€ 198 346,00

Eigenkapital per 30.6.2024

€ 244 749,55

Information aus der Vermögensrechnung (Bilanz), nicht in Einnahmen-Ausgaben-Rechnung enthalten:

| Afa für die Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die in den Vorjahren beschafft wurden:

€ 486,47

Vollständigkeitserklärung

An
SIGNUM Treuhand
Wirtschaftsprüfungs-GmbH
Steinebach 3
6850 Dornbirn

Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft der FH
Vorarlberg
Hochschulstraße 1
6850 Dornbirn



Firmenstempel

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024/2025

Ihnen als Abschlussprüfer erklären wir als zur Aufstellung des Jahresabschlusses verpflichtete Vorsitzende und Wirtschaftsreferent Folgendes¹:

A. Aufklärungen und Nachweise

Die Aufklärungen und Nachweise, die Sie gemäß § 272 UGB verlangt haben, wurden Ihnen vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen gegeben. Als Auskunftspersonen wurden Ihnen die nachfolgenden Personen benannt:

Stefanie Maria-Luise Geri, Vorsitzende

Nasher Ahmadi, Wirtschaftsreferent

Diese Personen sind von uns angewiesen worden, Ihnen alle erforderlichen und alle gewünschten Auskünfte und Nachweise richtig und vollständig zu geben.

B. Bücher und Schriften

1. Wir haben dafür Sorge getragen, dass Ihnen die Bücher und Schriften des Unternehmens vollständig zur Verfügung gestellt worden sind. Zu den Schriften gehören insbesondere auch vertragliche Vereinbarungen mit fremden Rechenzentren, Arbeitsanweisungen und sonstige Organisationsunterlagen, die zum Verständnis der Buchführung erforderlich sind.
2. In den vorgelegten Büchern sind alle Geschäftsvorfälle erfasst, die für das oben genannte Geschäftsjahr buchungspflichtig geworden sind.
3. Wir haben sichergestellt, dass im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten und –fristen auch die nicht ausgedruckten Daten jederzeit verfügbar sind und innerhalb angemessener Frist lesbar gemacht werden können, und zwar die Buchungen in kontenmäßiger Ordnung.

¹ Nicht einschlägige Textzahlen und nicht zutreffende Antworten bitte streichen.

C. Jahresabschluss

1. Wir sind unserer Verantwortung für die Aufstellung des Jahresabschlusses gemäß dem im Prüfungsvertrag vom 25. März 2025 vereinbarten Pflichten nachgekommen. Insbesondere sind wir dafür verantwortlich, dass der Jahresabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung eines Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens von Bedeutung ist, damit dieser Jahresabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der österreichischen Rechnungslegungsgrundsätze angemessen sind.
2. In dem von Ihnen zu prüfenden Jahresabschluss sind alle bilanzierungspflichtigen Vermögensgegenstände, Verpflichtungen, Wagnisse (zum Beispiel drohende Verluste aus schwebenden Geschäften) und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht. Alle Schulden, sowohl gewisse als auch ungewisse, wurden in Übereinstimmung mit den österreichischen Rechnungslegungsgrundsätzen erfasst und gegebenenfalls ausgewiesen.
3. Die angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den österreichischen Rechnungslegungsvorschriften. Unsere Wahl und Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ist angemessen. Wesentliche bzw. bedeutsame Annahmen, die wir bei der Vornahme von Schätzungen getroffen haben, einschließlich der Schätzung von Buchwerten, haben wir Ihnen mitgeteilt bzw. sind im Anhang angegeben. Die bei der Ermittlung der geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Anhangangaben genutzten Methoden, bedeutsamen Annahmen und Daten zur Erfüllung von Ansatz, Bewertung und Darstellung in Übereinstimmung mit den österreichischen Rechnungslegungsgrundsätzen sind angemessen. Dies schließt ein, dass wir
 - die bei der Ermittlung der geschätzten Werte vorgenommenen bedeutsamen Beurteilungen alle relevanten Informationen berücksichtigt haben, die uns bekannt sind,
 - die Stetigkeit und Angemessenheit der bei der Auswahl oder Anwendung der von uns zur Ermittlung der geschätzten Werte genutzten Methoden, Annahmen und Daten gegeben ist,
 - die Annahmen unsere Absicht und Fähigkeit, bestimmte Vorgehensweisen im Namen der Gesellschaft auszuführen, angemessen widerspiegeln,
 - Angaben in Zusammenhang mit Schätzungen, einschließlich der Schätzunsicherheiten beschreibender Angaben, vollständig und im Kontext der österreichischen Rechnungslegungsgrundsätze vertretbar sind,
 - die erforderlichen Fähigkeiten oder Fachkenntnisse bei der Ermittlung der geschätzten Werte angewendet wurden.
4. Für alle nachträglichen Ereignisse bei denen nach den österreichischen Rechnungslegungsgrundsätzen Abschlussanpassungen oder -angaben einschließlich der im Abschluss enthaltenen geschätzten Werten und damit zusammenhängenden Angaben erforderlich sind, wurden die entsprechenden Anpassungen vorgenommen bzw. die entsprechenden Angaben gemacht.
5. Alle bekannten tatsächlichen oder vermuteten Verstöße gegen Gesetz und andere Rechtsvorschriften, tatsächlichen oder möglichen Rechtsstreitigkeiten und Ansprüche, deren Auswirkungen bei der Aufstellung des Abschlusses zu berücksichtigen sind, wurden Ihnen mitgeteilt und in Übereinstimmung mit den österreichischen Rechnungslegungsgrundsätzen bilanziert bzw. angegeben.
6. Alle Pläne und Absichten, die zu Folge haben könnten, dass sich die Buchwerte oder der Ausweis der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände oder Schulden wesentlich ändern, wurden in Übereinstimmung mit den österreichischen Rechnungslegungsgrundsätzen berücksichtigt.

7. Das Unternehmen ist rechtlicher bzw. wirtschaftlicher Eigentümer aller im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände. Sämtliche Pfandrechte und dinglichen Belastungen, die auf im Abschluss ausgewiesenen Vermögensgegenständen ruhen, sind in Übereinstimmung mit den österreichischen Rechnungslegungsgrundsätzen offengelegt.
8. Wir haben alle Vereinbarungen eingehalten, die einen wesentlichen Einfluss auf den Jahresabschluss haben könnten. Eingetretene Fälle der Nichteinhaltung wurden Ihnen bekannt gegeben.
9. Eine Übersicht über
- alle Unternehmen, mit denen die Gesellschaft im Geschäftsjahr verbunden war (§ 189a Z 8 UGB),
 - alle Unternehmen, mit denen im Geschäftsjahr ein Beteiligungsverhältnis bestanden hat (§ 189a Z 2 UGB),
 - alle sonstigen nahestehenden Personen

einschließlich der uns bekannten Beziehungen zu und Transaktionen mit diesen Unternehmen bzw. Personen ist Ihnen ausgehändigt worden.

10. Alle erforderlichen Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen sowie Geschäfte mit und zwischen diesen und daraus resultierende Forderungen und Verbindlichkeiten wurden im Jahresabschluss bzw. im Rechnungswesen richtig und vollständig erfasst. Diese Geschäfte und die daraus resultierenden Forderungen und Verbindlichkeiten (einschließlich Eventualverbindlichkeiten) wurden, soweit sie nach den gesetzlichen Vorschriften offenzulegen sind, richtig ausgewiesen und angegeben. Durch die Gestaltung dieser Geschäfte wurde der Jahresabschluss nicht in einer Weise beeinflusst, dass er kein getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.
11. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat das Unternehmen (Nichtzutreffendes streichen)
- ~~– Produkte auf Wechselkurse oder Zinssätze, Swaps, Optionen, Warentermingeschäfte u.ä. Finanzprodukte oder Derivative eingesetzt.~~
 - keine Produkte auf Wechselkurse oder Zinssätze, Swaps, Optionen, Warentermingeschäfte u.ä. Finanzprodukte oder Derivative, in welcher Form auch immer, genutzt.

Zum Abschlussstichtag sind folgende Transaktionen mit folgendem Volumen (Transaktions- bzw. Risikovolumen wie z.B. Marktwert des Vertragsvolumens etc.) offen:

~~Wir bestätigen, dass alle vom Unternehmen eingegangenen Geschäfte wie z.B. Optionen, sonstige Finanzderivate, Kompensationsgeschäfte in der Buchhaltung erfasst sind bzw. dass diese, sofern sie nicht in der Buchhaltung erfasst sind, im Anhang vollständig aufgelistet sind.~~

12. Wir haben alle Sachverhalte, die zu Verpflichtungen führen können und für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens von Bedeutung sind, entweder im Jahresabschluss vollständig berücksichtigt oder – soweit sie nicht in den Jahresabschluss aufzunehmen sind – in einer Beilage zu dieser Erklärung vermerkt. Fehlen derartige Angaben oder Vermerke, liegen diese Sachverhalte am Abschlussstichtag nicht vor. Derartige Sachverhalte können beispielsweise sein:
- a) Eventualverpflichtungen aus der Begebung und Übertragung von Wechseln, aus Bürgschaften, aus Garantien und aus sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Haftungsverhältnissen;
 - b) Patronatserklärungen;

- c) gesetzliche und vertragliche Sicherheiten für Verbindlichkeiten (einschließlich Eventualverbindlichkeiten), beispielsweise Pfandrechte, Sicherungseigentum und Eigentumsvorbehalte an bilanzierten Vermögensgegenständen;
- d) Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten an Sachen und Rechten für fremde Verbindlichkeiten;
- e) Rückgabeverpflichtungen betreffend in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände und Rücknahmeverpflichtungen für nicht in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände;
- f) Rechtsstreitigkeiten und sonstige Auseinandersetzungen, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens von Bedeutung sind;
- g) bestehende oder erkennbar drohende öffentlich-rechtliche Auflagen, die für die finanzielle Lage und die künftige Ertragslage des Unternehmens von Bedeutung sind;
- h) Verträge oder sonstige rechtliche Sachverhalte, die wegen ihres Gegenstandes, ihrer Dauer oder aus anderen Gründen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens von Bedeutung sind oder werden können, insbesondere
- Verträge mit Lieferanten, Abnehmern, Gesellschaftern und verbundenen Unternehmen, Dienst-, Werk- und Pensionsverträge (Der Wert bestehender Rückdeckungsversicherungen wurde als Aktivposten angesetzt),
 - Leasingverträge und sonstige langfristige unkündbare Bestandverträge,
 - Arbeitsgemeinschafts- und Konsortialverträge,
 - Verpflichtungen aus Dritten eingeräumten Optionen und unwiderruflichen Angeboten, Treuhandverträge,
 - Verträge über Verpflichtungen, die aus dem Gewinn zu erfüllen sind,
 - Verbindungen über Vertragsstrafen, die über das branchenübliche Ausmaß hinausgehen, ungewöhnliche Auflösungs- und Kündigungsbeschränkungen in Verträgen, die zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens führen können;
 - i) Inanspruchnahme der Schutzklausel (Unterlassen von Angaben gemäß § 242 Abs. 2 bis 4 UGB);
 - ii) der Gesamtbetrag der Haftungsverhältnisse (§ 199 UGB) sowie sonstiger wesentlicher finanzieller Verpflichtungen, die nicht auf der Passivseite auszuweisen sind, auch wenn ihnen gleichwertige Rückgrifforderungen gegenüberstehen, sowie Art und Form jeder gewährten dinglichen Sicherheit (§ 237 Abs. 1 Z 2 UGB);
 - k) besondere Umstände, die der Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens entgegenstehen könnten.
13. Die gewährten Vorschüsse und Kredite und die eingegangenen Haftungsverhältnisse, die unter § 237 Abs. 1 Z 3 UGB fallen, sind im Anhang vollständig angegeben.
14. Wir haben Ihnen zur Beurteilung der Fähigkeit des Unternehmens, seine Geschäftstätigkeit fortzuführen, alle unsere Pläne zu zukünftigen Maßnahmen des Unternehmens mitgeteilt. Wir bestätigen, dass die beabsichtigten Maßnahmen, auf denen unsere Beurteilung der Fähigkeit des Unternehmens beruht, seine Geschäftstätigkeit fortzuführen, durchführbar sind.

D. Internes Kontrollsystem

1. Wir sind verantwortlich für die Ausgestaltung (Konzeption, Umsetzung, laufende Anpassung und Weiterentwicklung) eines angemessenen internen Kontrollsystems (§ 82 AktG bzw. § 22 GmbHG). Störungen oder wesentliche Mängel des internen Kontrollsystems lagen und liegen auch zurzeit nicht vor.

Unter dem internen Kontrollsystem verstehen wir den Prozess, durch den

- die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der betrieblichen Tätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens vor Verlusten durch Schäden und Malversationen),
- die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und
- die Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften

überwacht und kontrolliert wird, um zu verhindern, dass das Erreichen des Unternehmensziels durch den Eintritt geschäftlicher Risiken beeinträchtigt wird.

2. Im Rahmen des internen Kontrollsystems haben wir auch entsprechende organisatorische Maßnahmen eingeführt
 - zur Verhinderung und Aufdeckung von dolosen Handlungen durch gesetzliche Vertreter oder Mitarbeiter und
 - zur Sicherstellung, dass Geschäfte mit und zwischen nahestehenden Unternehmen und Personen in den Büchern als solche festgehalten und entsprechend den österreichischen Rechnungslegungsvorschriften offengelegt werden.
3. Die Ergebnisse unserer Beurteilung von Risiken, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht wesentliche falsche Angaben aufgrund von dolosen Handlungen enthalten könnten, haben wir Ihnen mitgeteilt.
4. ~~Alle uns bekannten oder von uns vermuteten, das zu prüfende Unternehmen betreffenden dolosen Handlungen, insbesondere solche der gesetzlichen Vertreter oder anderer Führungskräfte, von Mitarbeitern, denen eine bedeutende Rolle im internen Kontrollsystem zukommt, oder von anderen Personen, deren dolose Handlungen eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss und den Lagebericht haben könnten, haben wir Ihnen mitgeteilt.~~ Wir haben keine Kenntnis von das zu prüfende Unternehmen betreffenden dolosen Handlungen, insbesondere solche der gesetzlichen Vertreter oder anderer Führungskräfte, von Mitarbeitern, denen eine bedeutende Rolle im internen Kontrollsystem zukommt, oder von anderen Personen, deren dolose Handlungen eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss und den Lagebericht haben könnten.
5. ~~Alle uns von Mitarbeitern, ehemaligen Mitarbeitern, Analysten, Aufsichtsbehörden oder anderen Personen zugetragenen Behauptungen begangener oder vermuteter doloser Handlungen, die eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss und den Lagebericht des zu prüfenden Unternehmens haben könnten, haben wir Ihnen mitgeteilt.~~ / Uns wurden keine Behauptungen begangener oder vermuteter doloser Handlungen, die eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss und den Lagebericht des zu prüfenden Unternehmens haben könnten, von Mitarbeitern, ehemaligen Mitarbeitern, Analysten, Aufsichtsbehörden oder anderen Personen zugetragen.

E. Vollständigkeit der Informationen

1. Es wurden Ihnen alle Aufzeichnungen, Dokumentationen und Informationen über ungewöhnliche Angelegenheiten sowie alle sonstigen prüfungsrelevanten Informationen, von denen wir Kenntnis hatten, zur Verfügung gestellt.

2. Wir haben Ihnen lückenlos die Namen aller Banken, mit denen das Unternehmen während des Geschäftsjahres eine Bankverbindung hatte, sowie sämtliche während des Geschäftsjahres bestehenden Bankkonten und Bankkonten vollständig offengelegt. Wir bestätigen weiters, auch jene Bankverbindungen und Bankkonten vollständig offengelegt zu haben, welche zwar nicht auf das Unternehmen lauten, die jedoch dem Unternehmen zuzuordnen sind.

3. Wir haben Ihnen alle Sitzungsprotokolle der Hochschulvertretung zur Verfügung gestellt.

4. Wir beabsichtigen, keine Dokumente zu veröffentlichen, die einzeln oder zusammen einen „annual report“ im Sinne von ISA 720.12(a) darstellen.

F. Zusätze, Bemerkungen und Hinweise auf Beilagen

Eine Zusammenstellung der unberichtigten falschen Darstellungen liegt bei. Wir bestätigen, dass die Auswirkungen dieser falschen Darstellungen auf den Jahresabschluss als Ganzes einzeln und in der Summe unwesentlich sind.

Weiters ist eine Zusammenstellung der berichtigten falschen Darstellungen beigeschlossen.

Stefanie Maria-Luise Geri, Vorsitzende

Nasher Ahmadi, Wirtschaftsprüfer

Dornbirn, am 24. November 2025

Unterschriften der gesetzlichen Vertreter mit Angabe des Datums der Unterfertigung

² falls zutreffend

Klient
Klient Nr
Datei
Datum
Jahr
MA Signum

HochschülerInnenschaft FH Vlbg
13.654
S:\signum\Klienten\HochschülerInnenschaft an der FH Vorarlberg\JAP\JAP 2025\13654 HochschülerInnenschaft FH Vlbg JAP 2025.xlsx\Fehler
24.11.2025
2024/2025
KS

Fehlerliste 2024/2025

Konto	Text	Betrag Ist	Betrag Soll	Differenz	geändert	nicht geändert
-------	------	------------	-------------	-----------	----------	----------------

